

Aufklärung aus Prinzip

Zur Reaktualisierung eines bildungs- und kulturpolitischen Auftrags



Ingolfur Blühdorn ist Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie Leiter des dortigen Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN). Im Suhrkamp Verlag erschien zuletzt Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne (April 2024)

Dieser Beitrag basiert auf einem überarbeiteten Auszug der Statements von Ingolfur Blühdorn aus dem Panel I »Status quo – Welche Leitbilder bilden heute den Kontext unserer Arbeit – und warum?« auf dem 12. Kulturpolitischen Bundeskongress »Post-Polarisierung? Kulturpolitische Narrative gestalten« am 13./14. Juni 2024. Die gesamte Paneldiskussion steht auf <https://www.youtube.com/watch?v=K9CDiYVax9k&list=PLnYMRojixOES8RonKoIA5i3s5RqADtBns&index=3> zur Verfügung.

1. Erosion des ökoemanzipatorischen Leitbildes

Das gegenwärtige politische Klima ist geprägt durch die Erfahrung der Erosion und der Desorientierung, weil wir den Glauben an ein bestimmtes Leitbild verloren haben, das gerade jungen Menschen lange Orientierung gegeben hat: das Leitbild einer selbstbestimmten, demokratischen Gesellschaft in ökologischen Grenzen. Anfang oder Mitte der 1970er Jahre hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine unendliche Steigerung von wirtschaftlichem Wachstum und materiellem Wohlstand erstens nicht nachhaltig und nicht haltbar ist, weil sie an ökologische Grenzen stößt, und zweitens auch kein wirklich gutes Leben ermöglicht – nicht mal für Einzelne und schon gar nicht für alle. Zu dieser Zeit entstand das – wie ich es nenne – »ökoemanzipatorische Projekt«. Es zielte auf mehr Demokratie, mehr Gleichheit, mehr Mitbestimmung, um gemeinschaftlich ein ökologisch und sozial stabiles Gesellschaftsmodell zu schaffen, das das sich selbst zerstörende ablösen

sollte. Das war sozusagen die Fortschrittvision, ein pluralistisches, vernunftgesteuertes, verantwortliches Zukunftsbild. Diesem Leitbild sind wir lange Jahrzehnte gefolgt und haben ihm verschiedene Namen gegeben. »Nachhaltigkeit« war seit der Wende zu den 1990er Jahren einer davon. Als dieser Begriff sich abzunutzen begann, sprachen viele auch von einer »sozial ökologische Transformation«. Auch hinter diesem Ausdruck verbirgt sich die Vision einer nicht nur materiell, sondern auch sozial, ökologisch, kulturell und demokratisch zukunftsfähigen Gesellschaft.

Genau dieses Zukunftsbild sowie der mit ihm verbundene Glaube an die kollektive, verantwortliche Gestaltbarkeit der Welt, in der wir in Zukunft gemeinsam leben wollen, ist in jüngster Zeit aber zerfallen. Für unser Selbstverständnis als mündige Bürgerinnen und Bürger und als aufgeklärte und moderne Gesellschaft hat dies dramatische Folgen. Man könnte sie sogar als traumatisch bezeichnen. Wir sehen, dass unsere westliche Ordnung, aber konkret auch unsere deutsche Gesellschaft, unsere Institutionen, unsere Arrangements – so wie sie gegenwärtig sind – nicht haltbar sind; und zwar nicht nur ökologisch und ökonomisch, sondern auch demokratisch und kulturell. Es scheint, als zerrinne uns dieses Modell zwischen den Fingern, ohne dass wir diesen Prozess aufhalten könnten. Und, was noch schlimmer ist, die Reparaturoptionen, die wir uns seit den 1970er Jahren für die bereits damals sichtbare ökologische, soziale aber auch demokratische



Blick in den Veranstaltungssaal des 12. Kulturpolitischen Bundeskongresses » Post-Polarisierung«, © Peter Adamik

Krise vorgestellt hatten, sind auch nicht mehr überzeugend. Mit »Reparaturoptionen« meine ich die Idee der ökologischen und sozialen Umgestaltung, die uns in eine nachhaltige Gesellschaft führen sollte. So sind wir heute in einer Situation der doppelten Unhaltbarkeit: Wir wissen, dass unsere etablierte Ordnung ökonomisch, ökologisch, sozial und politisch unhaltbar ist, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir keinen überzeugenden Zukunftsplan mehr haben. Wir haben natürlich persönliche Wünsche und Sehnsüchte, aber als Gesamtgesellschaft haben wir eigentlich nichts, was an die Stelle des »ökoemanzipatorischen Projekts« treten könnte. Stattdessen sehen wir irrlichternde Bewegungen im rechten wie im linken Spektrum.

2. Trauma für die einstigen Avantgarden

Ganz besonders für Kulturschaffende ist diese Situation wirklich traumatisch. Sie waren ja diejenigen, die sich als die kritischen, emanzipatorischen Kräfte in der Gesellschaft verstanden haben, als die intellektuellen Stichwortgeber und Vordenker. Sie galten der Kulturpolitik als die Pioniere und Pionierinnen einer neuen Gesellschaft, einer ökologischen, einer demokratischen, einer offeneren, einer partizipativen Gesellschaft. Entsprechend selbstbewusst traten sie auf, überzeugt, dass sie reflektierter seien als die Masse, mehr Verantwortungsbewusstsein hätten, mehr Voraussicht usw. Diese Kulturschaffenden verstanden sich als Avantgarde einer progressiven linkskritischen Bewegung, des großen Aufbruchs in eine andere

Gesellschaft, des Ausbruchs aus der nivellierten Mittelstandsgesellschaft der Nachkriegszeit. Für diese ehemaligen Vorreiter ist die spätmoderne Konstellation besonders traumatisch, weil eben die Vision einer besseren Gesellschaft, die ihr politisches Selbstverständnis ausmachte, sichtbar zerfällt und sich gegenwärtig keine überzeugenden Alternativen anbieten.

Zudem müssen die Akteure der Kulturpolitik und der politischen Bildung auch zur Kenntnis nehmen, dass bei vielen Menschen – auch bei der jungen Generation – Narrative verfangen, deren Vorstellungen und Werte radikal mit dem konfliktieren, was die Kulturpolitik in ihrer Arbeit an Toleranz, an Weltoffenheit, an Pluralismus, an demokratischer Beteiligung vermitteln wollte. Stattdessen versprechen diese Narrative einfache Lösungen und suchen Orientierung im vermeintlich besseren Früher. Das heißt also, als Akteure der Kulturpolitik sehen wir, dass viele Menschen sich offensichtlich mehr für die AfD interessieren als etwa für die Grünen. Und schlimmer noch: Wir sehen, dass gerade die Bemühungen um eine sozial-ökologische Transformation verbreitet als »Verbotspolitik« beschimpft und deren Akteure als oberstes politisches Feindbild dargestellt werden. Auch ökologische Bewegungen haben angesichts ökologischer Grenzen immer schon für Einfachheit und Selbstbegrenzung gestritten. Aber heute finden eher die Vereinfachungen von rechts und populistischen Erzählungen der Abgrenzung und Ausgrenzung Gehör.

3. Demokratisches Defizit

Unsere spätmoderne Demokratie hat, so scheint es, als oberstes Ziel, den Wohlstand zu verteilen, ganz egal, ob er ökologisch und sozial zerstörerisch ist. Das wurde bei der letzten Bundestagswahl sehr deutlich, als alle Parteien inklusive der Grünen die Verteidigung des Wohlstands als oberste Priorität bezeichneten. Doch dieser Wohlstand war immer schon ungleich verteilt, er war immer schon exklusiv und ist bis heute kolonial. Das ist auf die Dauer nicht haltbar – oder zumindest nicht mit den Werten und Idealen vereinbar, zu denen wir uns in westlichen Gesellschaften eigentlich bekennen. Dieser Widerspruch bricht heute schmerzhaft auf. Plötzlich wird sichtbar: So wie der Wohlstand, den wir verteidigen wollen, höchst ungleich verteilt ist, haben auch unsere demokratischen Institutionen und unser Ideal der liberalen Demokratie insgesamt immer vor allem bestimmten Teilen der Gesellschaft genützt und anderen eher nicht. Und wir, die wir in der Kulturpolitik und der politischen Bildung arbeiten, müssen uns eingestehen, dass wir exakt dieser Teil der Gesellschaft sind. Hinzu kommt, dass in den politischen Institutionen unsere soziale Schicht und unsere soziale Klasse deutlich überrepräsentiert ist. Wir haben uns Partizipationsmöglichkeiten erstritten, die unsere Generation und die privilegierten Teile der Bevölkerung besonders stark nutzen. Viele Studien zeigen, dass exakt diese Demokratisierung der Demokratie wesentliche Teile der Gesellschaft marginalisiert hat.

Das sind soziologische und politikwissenschaftliche Befunde, über die gesprochen werden muss. Sie bedeuten, dass man ebenso, wie man unseren ungleichen, exklusiven und kolonialen Wohlstand nicht bedenkenlos verteidigen kann, auch unsere liberale, repräsentative Demokratie nicht unproblematisch ist. Das hatten eigentlich bereits die ökoemanzipatorischen Bewegungen der 1970er begriffen, aber die basisdemokratischen Ideale für die sie stattdessen stritten, haben sich in der Spätmoderne ebenfalls als unhaltbar erwiesen. Für die politische Bildung und die Kulturpolitik insgesamt bedeutet das eine große Herausforderung. In der Verteidigung der liberalen Demokratie sehen beide eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Mit aller Kraft stemmen sie sich gegen den Verfall der demokratischen Kultur und verteidigen demokratische Institutionen. In der Spätmoderne erscheinen sie aber dennoch bedrohlich unhaltbar.

4. Lob der Mündigkeit

Trotz – und gerade wegen – dieser vielleicht pessimistisch anmutenden Diagnose der Unhaltbarkeit bin ich aber überzeugt, dass es die Aufgabe der Soziologie und sicher auch der Kulturpolitik ist, an Zukunft zu glauben. In der Spätmoderne geht zweifellos eine Welt unter, eben die Glaubenssätze und Weltansichten des ökoemanzipatorischen Projekts. Es geht aber nicht die Welt unter. Vielmehr entstehen vor unseren Augen, ob wir das wollen und mö-

gen oder nicht, eine ganz andere Gesellschaft und eine andere Welt. In dieser Situation liegt unsere Aufgabe nicht darin, uns an hergebrachten aber nicht mehr haltbaren Glaubenssätzen festzuklamern, sondern möglichst klar zu verstehen, was sich da neu entfaltet, in welcher Weise auch wir selbst zu dem beigetragen haben, was uns heute als traumatische Fehlentwicklung erscheint, und welche Möglichkeiten nun bestehen, diese neue Welt zu gestalten.

Für diese Aufgaben ist es wichtig, am aufklärerischen Leitbild der Mündigkeit festzuhalten. Wenn ich mir heutige Demokratie- und Freiheitsverständnisse in der Gesellschaft anschau, dann sind die – bei den liberalen Eliten nicht weniger als bei den Populisten und den Anhängern und Anhängerinnen der vielfältigen Verschwörungstheorien – von diesem kantischen Ideal der Mündigkeit weit entfernt. Freiheit wird heute vor allem individualistisch interpretiert und jede politische Regulierung wird schnell als autoritäre Einmischung in die Privatsphäre empfunden, als unstatthafte Verbotspolitik. Auch die Beteiligung an demokratischen Aushandlungsprozessen folgt dieser Logik. Vielen geht es vor allem darum, dass sie selbst gehört werden, dass ihre persönliche Weltansicht und Wahrheit übernommen wird, und dass ihre individuellen Interessen politisch umgesetzt werden. Wenn sie den Eindruck gewinnen, dass das nicht geschieht, sind sie mit Kritik an den angeblich autoritären Institutionen schnell bei der Hand.

Kulturpolitik und auch die politische Bildungsarbeit sollten sich darum bemühen, die Implikationen solcher Freiheits- und Demokratieverständnisse bewusst zu machen. Dabei kann ihnen – gerade wenn sie den eigenen Beitrag zu den heutigen Fehlentwicklungen mitreflektieren – das Freiheits-, Demokratie- und auch Mündigkeitsverständnis, das die Vordenker der sozial-ökologischen Verantwortungsethik seit den 1970er Jahren propagierten, durchaus noch als Referenzpunkt dienen. Es war auf Gemeinschaftlichkeit ausgerichtet und glaubte an eine allen gemeinsame Vernunft, die es ermöglichen sollte, die individualistischen Interessen kollektiv zu regieren und selbst zu begrenzen.

Wenn kulturpolitische Bildungsarbeit hier ansetzt und sich bemüht aufzuzeigen, dass das bedingungslose Festhalten an den heute vorherrschenden Vorstellungen von Freiheit, Wohlstand und Demokratie letztlich nur denen in Hände spielt, die nach dem populistischen Sturm auf die demokratischen Institutionen ihre exklusiven Interessen umso ungehinderter durchsetzen werden, hat sie weiterhin eine wichtige Aufgabe und Berechtigung – auch wenn sie noch kein neues Leitbild für eine zukünftige Gesellschaft anbieten kann. In der Spätmoderne wird der bisher wenigstens seinem Anspruch nach demokratische Kapitalismus oligarchisch und autoritär. Vor diesem Hintergrund geht es gewissermaßen um Aufklärung aus Prinzip. ■